

## Besprechungen

*Hellmuth Helwig*: Das deutsche Buchbinder-Handwerk. Handwerks- und Kulturgeschichte. Band I mit 26 Abb., Band II mit 31 Abb. Stuttgart 1962 und 1965. Anton Hiersemann. Bd. I: XX/352 S., Bd. II: XXIII/428 S.

Der Verfasser hat seit seinem Aufsätze „Geschichtlicher Abriß der Jenaer Buchbinderinnung von ihrer Gründung bis zur Gegenwart“, der 1933 erschienen ist, eine stattliche Anzahl wichtigster Veröffentlichungen vorgelegt, die alle mit dem hier abgehandelten Thema in engem oder engstem Zusammenhange stehen. Jedenfalls konnte aus einer mehr als 30jährigen Forschung heraus auf Grund einer ungeheuren Fülle gedruckten und ungedruckten Materials ein Werk erwachsen, das nicht etwa nur für das Gewerbe der Buchbinder, sondern für das graphische Gewerbe überhaupt und darüber hinaus für die Handwerksgeschichte insgesamt eine einmalige Leistung bedeutet. Dabei stellt Helwig den Menschen dar, also den Buchbinder, nicht oder nur nebenher den Bucheinband; diesem hat er sein großartiges „Handbuch der Einbandkunde“ gewidmet.

Im ersten Abschnitt beschäftigt sich Helwig mit der „Entwicklung der Buchbinderei von einem im Kloster betriebenen Handwerk zu einem bürgerlichen und zünftigen Gewerbe“. Er zeichnet bis in Einzelheiten hinein und immer im Zusammenhange mit der Geschichte der Wirtschaft im allgemeinen und der des Handwerks im besonderen der Bevölkerungs-, Bibliotheks- und Kunstgeschichte einen jahrhundertelangen Weg auf. Dieser ging aus von der Buchproduktion, die noch nicht zwischen dem Schreiber und dem Buchbinder unterschied; er führte über viele „Stationen“ — etwa über die Ordensniederlassungen auch der doch namentlich an der Landwirtschaft interessierten Zisterzienser, über Studenten- und Wanderbuchbinder, über die Universitätsstädte mit ihrem Bedarf an Büchern — bis hin zum ersten bürgerlichen Buchbinder (1302 in Wien) und zur ältesten Buchbinderzunft (um 1480 in Basel). Entscheidend für die Buchbinderei und ihre Einzünftung wurden die Organisationen der Gesellen, vor allem die steigende Nachfrage nach Büchern im Zusammenhange mit der Reformation, dem Humanismus sowie der Renaissance. Die Kapitalkraft, die für die Buchherstellung nötig wurde, ließ als getrennte Berufsgruppen schließlich die Verleger, Drucker, Schriftgießer, Buchbinder und Sortimentsbuchhändler entstehen. Der Abschnitt schließt mit dem Hinweis auf den Rückgang der Buchbinderei während des

17./18. Jahrhunderts und deutet auf den raschen Aufstieg des Gewerbes nach dem fünften Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hin.

Der zweite Abschnitt behandelt die vielen deutschen Buchbinderzünfte. Dabei wird die Zunft gesehen nicht etwa als bloßer wirtschaftlicher Interessenverband, sondern vielmehr als „eine auf der Idee von Zucht und Ehre aufgebaute und durch Sitte und Brauch geformte umfassende Lebensgemeinschaft“ (I, S. 97). Entsprechend weit ist das, was hier von den politischen Pflichten bis hin zu Sakralkultur und den Schutzpatronen in die Untersuchung einbezogen worden ist. Die nächsten beiden Abschnitte stellen den Lehrling und den Gesellen von der Aufnahme in die Zunft bis zu den interterritorialen Gesellenverbänden und zur Entwicklung eines einheitlichen deutschen Handwerkerrechtes dar. Der fünfte und der sechste Teil untersuchen den Buchbinder in seiner Familie, im Handwerk und im Handel; hier werden auch statistische Angaben über die Zahl der Meister, Gesellen und Lehrjungen in einigen Zünften gegeben, die Nebentätigkeiten etwa in der Produktion von Buntpapier und Futteralen deutlich gemacht und die Buchbinder genannt, die ihre Fertigkeit in verschiedene europäische Länder verbreiteten und z. B. in London eine „deutsche Schule“ erstehen ließen (II, S. 162). Dankbarkeit gebührt dem Verf. auch für das im siebenten Teile seines Buches so reichlich zusammengetragene „Spruch- und Liedergut des deutschen Buchbinderhandwerks“, das heute dem Gewerbe allerdings nicht mehr bekannt ist. Helwig weist daher auch auf die von Max *Hettlage* 1959 herausgegebene Sammlung hin, die den Versuch, das Liedgut wieder zu beleben, unterstützen will. Der letzte Abschnitt führt vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Zu den Themen, die hier behandelt werden, gehören u. a. die Gewerbefreiheit mit ihren Folgen, die zahlreichen technischen Fortschritte, die Entwicklung der Großbetriebe, die Buchbinder als Fabrikarbeiter, die Differenzierung des Buchbinderhandwerks. Die Darstellung schließt mit dem sehr nachdenklich stimmenden Satze: „Aber auch in Zukunft wird man der handwerksmäßig betriebenen, Kulturwerte erhaltenden Buchbinderei nicht entraten können, wenn es gilt, ein Buch so einzubinden, daß es späteren Jahrhunderten sicher überliefert werden kann.“ Eine übersichtliche Zeittafel, das Gedicht „Lob der Buchbinderey“ vom Jahre 1762 und ein ausführliches Register sind angefügt.

Es ist nicht übertrieben und eigentlich noch zu wenig gesagt, wenn das vorliegende Werk (untermauert durch etwa 2000 Anmerkungen) zu den Glanzleistungen der deutschen Kulturgeschichtsschreibung gezählt wird. Und es muß auch dem Verleger ganz nachdrücklich dafür gedankt werden, daß er den beiden Bänden einen ihrem Inhalt und ihrer sprachlichen Gestalt entsprechenden buchtechnischen Rahmen in einer kostbaren und in jeder Beziehung vollendeten Ausstattung — auch mit der hervorragenden Reproduktion der vielen Bilder — geschaffen hat.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Ingo Richter*: Die wirtschafts- und sozialpolitische Konzeption des italienischen Neoliberalismus. Eine vergleichende Betrachtung der Auffassungen Luigi Einaudis, Costantino Bresciani-Turronis und Giovanni Demarias. (Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg.) Tübingen 1963. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 234 S.

Richter hat sich zum Ziel gesetzt, „einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen ‚Standortbestimmung‘ des Neoliberalismus zu geben“ (S. 1 f.), und zwar durch eine vergleichende Studie der nationalökonomischen Anschauungen von Luigi *Einaudi*, Costantino *Bresciani-Turroni* und Giovanni *Demaria*. In der gebotenen Beschränkung gerade auf diese drei Gelehrten liegt insofern eine glückliche Wahl, als sie alle von der Wirkkraft liberaler Tradition in Italien vornehmlich im Bereich der ökonomischen Theorie Zeugnis ablegen und zu ihrem Teil eine Bestätigung dafür liefern, daß die Wiederbelebung liberalen Denkens seit dem Ende des ersten Weltkriegs von der Erneuerung der Nationalökonomie ausgegangen ist. Zum andern sind die Unterschiede in der individuellen Eigenständigkeit ihrer wirtschaftstheoretischen und -politischen Positionen markant genug, um von dieser dogmatischen Bandbreite her die mannigfachen Abtönungen und Kontraste des „Neoliberalismus“ unter dem weiten Mantel dieses Sammelbegriffs sichtbar werden zu lassen.

Im Aufbau seines Buches folgt der Verfasser den von Walter *Eucken* entwickelten Kriterien der Ordnungs- und der Ablaufpolitik. Der erste Hauptabschnitt referiert über die Einstellung der drei Probanden zu den institutionellen Grundlagen der Wirtschaftsordnung, nämlich mit Bezug auf das Privateigentum, den Markt und das Geld, und im zweiten Hauptabschnitt wird diese Werkanalyse auf die konjunktur-, entwicklungs- und verteilungspolitische Lenkung des Wirtschaftsprozesses ausgedehnt. Hierbei wartet Richter mit gründlichen Literaturkenntnissen und umfassenden Einsichten in das jeweilige Weltbild und Denkgebäude auf, um darin nach dem Ursprung der Besonderheiten der wirtschaftssystematischen Vorstellungen *Einaudis*, *Bresciani-Turronis* und *Demarias* zu suchen, die sich persönlich schon in ihrer Herkunft und in ihrem Lebensablauf, nicht zuletzt aber im Zuschnitt ihrer Forschungsbereiche und in der Grenzziehung zwischen akademischem und staatspolitischem Wirken deutlich voneinander abheben. Seine vergleichenden Betrachtungen reichen von den bemerkenswerteren Detailfragen (etwa der „Marktkonformität“ und Effizienz wirtschafts- und finanzpolitischer Mittel oder der Funktion von Interessenverbänden) bis zu den prinzipiellen Maßstäben der Einschätzung unveräußerlicher Grundfreiheiten und ihrer Gefährdung durch mehr oder minder weitgehende interventionistische Kompromisse: Während für *Einaudi* das Konkurrenzsystem einer moralischen Forderung entspricht (S. 175), wird es von *Bresciani-Turroni* zum universell anwendbaren Instrument der Vernunft proklamiert (S. 187), wohingegen *Demaria* der Idee einer indeterminierten Entwicklung huldigt (S. 192) und eine formale Staatskonzeption vertritt, „die lediglich die Bedin-

gungen angibt, unter denen der Staat in der jeweiligen historischen Situation handeln soll“ (S. 198). „Neoliberale“ sind sie samt und sonders in der Überzeugung, „daß sich die Marktwirtschaft nicht von selbst verwirklicht . . ., sondern erst durch den Staat geschaffen und dauernd gesichert werden muß“ (S. 193). Führt man diesen grundlegenden Gedankengang über die ihm hier zuteil gewordene Behandlung hinaus weiter, so erhebt sich das Problem, ob man unter Wirtschaftspolitik nur den Inbegriff der Interventionen verstehen soll, die der „Staat“ in den „freien“ Ablauf der Wirtschaft unternimmt, oder ob nicht vielmehr die Markttheorie nahelegt oder gar erfordert, wenigstens bei den bedeutenderen „privatwirtschaftlichen“ Einheiten und Verbänden einen nicht weniger maßgeblichen wirtschaftspolitischen Willen und Erfolg anzuerkennen, so sehr dies auch das Konkurrenzmodell des Marktes mit seinem Ausschluß individuellen Einflusses verbieten möchte.

Man ist sich am Ende der Lektüre — soviel Gewinn sie auch hat, was die dogmatische und methodologische Würdigung dieses Dreigestirns anlangt — doch nicht ganz klar darüber, worin das „typisch Italienische“ seines wissenschaftlichen Profils liegen soll. Formulierungen wie die, daß diese geistesverwandten italienischen Nationalökonomien Realismus und Traditionsbewußtsein zu vereinigen bestrebt seien, treffen auch auf zahlreiche liberal und nicht liberal gesinnte Lehrmeister unseres Faches in anderen Ländern zu. Vielleicht ist es u. a. ein kennzeichnender Zug der „teoria e arte“ italienischer Nationalökonomie, daß sie doktrinäre Übertreibungen scheut und Erkenntnismittel wie Aktionsparameter ganz bewußt pragmatisch unter den Gesichtspunkten des „Buongoverno“ und „Malgoverno“ beurteilt, doch wäre dies wiederum kein ausschließlich neoliberales Talent.

Antonio Montaner, Mainz

*Emil Kauder: A History of Marginal Utility Theory.* Princeton (N. J.) 1965. Princeton University Press. XXII und 248 S.

Nach der bemerkenswert ergiebigen Studie zur Entwicklung der Grenznutzentheorie, die Richard S. *Howey* mit seinem Buch „The Rise of the Marginal Utility School 1870—1889“ vor wenigen Jahren geliefert hat (vgl. *Schmollers Jahrbuch*, 85. Jg., S. 759 ff.), trägt die vorliegende Monographie Kauders um ein Weiteres dazu bei, unsere Kenntnis von den Ursprüngen und von der Entfaltung der Grenzanalyse zu vertiefen.

Auch Kauder greift zwei Jahrtausende in die Geistesgeschichte zurück, um vor dem wechselnden philosophischen Hintergrund die lange Reihe der Wegbereiter der Grenznutzenlehre abzuschreiten, die von *Aristoteles* bis *Gossen* ihrer „Vorgeschichte“ zuzurechnen sind. Dabei zeigt sich, daß es fast ausschließlich Franzosen und Italiener waren, die den Gebrauchswert zur Ausgangsbasis wert- und preisökonomischer Doktrinen machten (*Buridanus*, *Lottini*, *Davanzati*, *Montanari*, *Galiani*, *Beccaria*, *Turgot*, *Condillac*), während der kostentheoretische

sche Gegenpol in Großbritannien lag (*Petty, Locke, Smith*); freilich läßt sich diese Gruppierung nur bedingt aufrechterhalten, da sie ja etwa für *Bentham* auf der einen Seite und für die Physiokraten auf der anderen nicht zutrifft.

Sein besonderes Augenmerk schenkt der Verfasser dem von *Menger, Jevons* und *Walras* vollzogenen Durchbruch des Marginalismus, wobei die führende Rolle des Österreichers hier zum erstenmal mit dem umfangreichen autographischen Material belegt wird, das die Menger-Bibliothek der Hitotsubashi-Universität Tokio in einzigartiger Weise bereit hält. Die axiomatischen und methodologischen Standorte dieses Dreigestirns werden in eindrucksvoller Klarheit ermittelt und verglichen und dank der intimen Sachkunde Kauders ideengeschichtlich fruchtbar ausgeforscht. Der unbefangene, mit der Grenznutzenschule vertrautere Leser kann nicht in Abrede stellen, daß Kauders Urteil, „Howey grossly misunderstands the Austrian School“ (S. XVII), gelegentlich zutrifft. Der Verfasser berichtet auch sehr eingehend über die weitere Entwicklung der Grenznutzenlehre in allen ihren Ausfächerungen und Kontroversen, namentlich was den mathematisch-spieltheoretischen Ansatz, das Problem der Nutzenmessung und die Bedeutung der Unsicherheitsfaktoren anlangt. Alles in allem eine verdienstvolle fachhistorische Leistung, die Brücken schlägt und neue Wege bahnt.

Antonio Montaner, Mainz

*G. L. S. Shackle: A Scheme of Economic Theory. London 1965. Cambridge University Press. 209 S.*

Der Versuch, das Wirtschaftsgeschehen durch ein einziges allgemeines Modell zu erklären, gehört bereits zur Geschichte unserer Wissenschaft. Spätestens seit der kritischen Auseinandersetzung mit der klassischen und neoklassischen Gleichgewichtsökonomie war dieses Vertrauen in die Allgemeingültigkeit eines einzelnen Modells erschüttert. „Economics has lost its youthful innocence and simple creed, and now we have to be content with a variety of manuals of instruction, one for each kind of phenomenon“ (S. X). Eine Vielzahl ökonomischer Theorien sind seit der Kritik an den Ausgangssätzen des Gleichgewichtskonzepts entstanden. Shackle stellt nun die Frage: Wenn es kein allgemeines Modell gibt, ist es dann möglich, ein Schema zu entwerfen, das alle vorhandenen Modelle verbindet und umspannt? Diese Frage ist der Gegenstand des vorliegenden Buches. Der Autor untersucht die Grundannahmen der Gleichgewichtstheorie *Walrasscher* Prägung, die Konzepte der Partialanalyse von *Marshall*, das *Keynesische* Modell und die darauf aufbauenden Konjunktur- und Wachstumsmodelle sowie schließlich das Input-Output-System von *Leontief*. Alle diese Modelle werden daraufhin analysiert, wie sie den Faktor Zeit behandeln. Shackle, der sich in seinen früheren Schriften dem Zeitproblem stets besonders gewidmet hat, entwirft hier praktisch ein Koordinatensystem, bei dem auf den Ordinaten einmal die Zeit nach ihrer „mechanischen“ Berücksichtigung, zum anderen nach ihrem

„Erwartungscharakter“ angesichts einer ungewissen Zukunft abgewogen wird. Dies ist das angebotene Schema, in welches die verschiedenen Modelle eingeordnet werden nach dem Grade, in welchem der Zeitfaktor in der einen oder anderen Gestalt in sie eingegangen ist. Die Gleichgewichtstheorie muß sich hier bescheinigen lassen, daß sie diesen Zeitfaktor in keiner Form einbezogen hat. Das Keynes-Modell andererseits hat „Erwartungscharakter“, während die daran anknüpfenden Wachstumsmodelle vom Harrod-Hicks-Typ lediglich den „mechanischen“ Zeitfaktor einbauen.

Dieser originelle Gesichtspunkt ist es, der die wichtigsten Gedankengebäude der Wirtschaftstheorie auf einen Hauptnenner bringt. Selbst wenn man das so gewonnene Schema nicht allzu hoch schätzen sollte, dem Leser bleibt das Vergnügen, die angesprochenen Modelle so zu sehen, wie Shackle sie mit kräftigen Strichen nachzeichnet und mit Souveränität und Eigenwillen interpretiert.

Werner Meißner, Darmstadt

*Alfred R. Oxenfeldt* (Hrsg.): *Models of Markets*. New York and London 1963. Columbia University Press. 367 S.

Das Sammelwerk, unter dessen Autoren sich Theoretiker wie *William J. Baumol* und *Kenneth E. Boulding* befinden, enthält die Referate und Diskussionsbeiträge zweier Arbeitstagungen. Unter dem zu anspruchsvollen Titel verbergen sich Aufsätze zu der Frage, warum sich die konventionellen Modelle der Preistheorie als „unbefriedigend“ erweisen, wenn sie zur Lösung wirtschaftspolitischer oder betriebswirtschaftlicher Tagesfragen beitragen sollen und inwieweit neuere mathematische Modelle diesen Mangel beheben.

Während in jüngerer Zeit die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Kreislaufmodelle einerseits und die mathematische Erfassung spezieller betrieblicher Vorgänge (Operations Research) andererseits erfolgreich voranschreitet, sind nach Ansicht der Autoren Marktmodelle, die Konkurrenzsituation und Verhalten der Anbieter und Nachfrager auf Teilmärkten beinhalten, erst unzureichend entwickelt worden. Allerdings hatten sich beide Tagungen nicht zum Ziel gesetzt, die Theorie weiterzubilden. Sie beabsichtigten vielmehr, eine Übersicht über ihren heutigen Stand zu geben. Gleichwohl finden sich in den Arbeitspapieren auch einige konstruktive Vorschläge.

Die erste Konferenz beschäftigte sich mit den Methoden, die bis etwa zum Jahre 1945 bekannt waren. Soweit die neoklassischen Theoreme über die Preisbildung bei unterschiedlichen (idealtypischen) Marktformen behandelt werden, kann die oben gestellte Frage unschwer beantwortet werden: Der Versuch, diese Modelle auf konkrete Entscheidungsfälle des Managements oder der Wettbewerbspolitik anzuwenden, kann nur auf einem grundsätzlichen Mißverständnis über ihren Sinn und ihre Leistungsfähigkeit beruhen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen überraschen darum nicht. *A. R. Oxenfeldt* kommt nach der Diskussion zahlreicher betrieblicher Ent-

scheidungsprobleme zu dem Schluß, daß diese traditionellen Modelle beispielsweise Preis- oder Investitionsentscheidungen kaum erleichtern können. M. S. *Massel* — um nur noch einen der Autoren zu nennen — untersucht, inwieweit die Modelle Probleme der Antitrust-Politik lösen helfen: Sie liefern keine Werkzeuge, den Grad der Monopolisierung eines Marktes zu erkennen und den Wettbewerb auf diesem Markt zu fördern. Andere Autoren berichten über ihre empirischen Arbeiten und über Methoden der Ökonometrie.

Wenn die genannten Ergebnisse auch wenig originell erscheinen, so beeindruckt doch das dargebotene Untersuchungsmaterial. Der Leser wird mit zahlreichen wirtschafts- und unternehmenspolitischen Fragestellungen konfrontiert. Der Theoretiker findet Hinweise, welche Parameter für derartige Probleme relevant und bei entsprechenden Modellbildungen zu berücksichtigen sind.

Die zweite Konferenz war der Anwendung neuerer mathematischer Verfahren vorbehalten. Insbesondere werden Spieltheorie und Operations Research behandelt. Die Spieltheorie liefert nach Meinung D. W. *Millers* keine neuen Ansatzpunkte zur Modellbildung. M. *Shubik* nimmt in dieser Frage eine mehr optimistische Haltung ein und weist an Hand von Beispielen auf die Möglichkeiten der Modellrechnung mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen hin.

Die Konferenz kommt zu dem Ergebnis, daß die neueren mathematischen Verfahren die klassischen Modelle nicht verdrängen können. Ihr Beitrag besteht darin, zusätzliche Einblicke in theoretische Zusammenhänge (z. B. über Entscheidungen bei Unsicherheit) zu vermitteln und — in Verbindung mit elektronischen Rechanlagen — statistisches Material zu verarbeiten und dadurch zahlreiche Einzelfragen eindeutig zu beantworten. Ernst-Albrecht Conrad, Berlin

*Otmar Issing*: Leitwährung und internationale Währungsordnung. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 374 S.

In dieser Schrift, die in der von Fritz *Voigt* herausgegebenen Reihe „Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen“ erschienen ist, werden die komplizierten Fragen der internationalen Währungsordnung und zahlreiche laufend dazu vorgelegte Reformvorschläge einer eingehenden Würdigung unterzogen. Die Kritik am IMF und die Probleme der amerikanischen Zahlungsbilanz bilden für den Verfasser die Ansatzpunkte, um generell die Frage nach den Eigenschaften einer internationalen Leitwährung zu stellen. Nach einer einführenden Geschichte der Leitwährungen, wobei im wesentlichen die Stellung von Pfund und Dollar zu berücksichtigen war, versucht der Verfasser, durch eine Theorie der Leitwährung dem Begriff und den Funktionen einer solchen Währung näherzukommen. Die unterschiedlichen Begriffsbildungen zwingen dazu, in einem besonderen Abschnitt die allgemeinen Anforderungen und verschiedenen Erscheinungsformen führender Währungen zu behandeln. Als Funktion, die eine Leitwährung letztlich kennzeichnet, wird dabei die Eigenschaft,

„als Mittel des Zahlungsbilanzausgleichs angenommen zu werden“ (S. 188), herausgestellt.

Nach grundlegenden historischen und theoretischen Erörterungen geht der Verfasser auf die Verbindung des Leitwährungsbegriffs mit der aktuellen Weltwährungsfrage ein und kommt dabei zu dem Ergebnis, „daß der gegenwärtige Dollarstandard als Leitwährungssystem keineswegs die Voraussetzungen einer internationalen Währungsordnung erfüllt“ (S. 319), worin wohl die Erklärung für zahlreiche Reformvorschläge zu erblicken ist, die in der einen oder anderen Form den Dollarstandard ablösen oder zumindest ergänzen wollen. Als Fazit der eigenen theoretischen Erörterungen und der vorliegenden Reformpläne stellt der Verfasser fest, daß mit dem Prinzip der führenden Währungen eine internationale Währungsordnung nicht errichtet werden kann. Größere Chancen räumt er dagegen der „institutionellen Lösung“ ein, d. h. der Errichtung einer internationalen zentralen Währungsbehörde, deren Organisation und Tätigkeit allerdings kaum noch mit dem IMF zu vergleichen wäre. Will man einer solchen Zentralisierung des Währungswesens, die darüber hinaus mit einem Verzicht auf jede autonome nationale Geldpolitik verbunden sein müßte, nicht zustimmen, so bleibt als zweiter Weg nur ein Übergang zu flexiblen Wechselkursen oder ein weiteres Inkaufnehmen des „gegenwärtigen Durcheinanders“.

Allein schon die Aufhellung der Zusammenhänge, die Klärung mancher Begriffsverwirrung und die systematische Abhandlung der zahlreichen Reformpläne stellen einen bedeutenden Beitrag zur Diskussion um die internationalen Währungsnöte dar.

Harald Winkel, Mainz

*J. D. Pitchford: A Study of Cost and Demand Inflation. (Contributions to Economic Analysis XXXIII, ed. by R. Strotz, J. Tinbergen, P. J. Verdoorn, H. J. Witteveen.) Amsterdam 1963. North-Holland Publishing Company. 167 S.*

Die Entwicklung der Nachkriegswirtschaft der kapitalistischen Staaten hat nicht mehr den traditionellen Vorstellungen von den Konjunkturschwankungen entsprochen. Die von der *Keynesschen* Lehre geprägte Wirtschaftspolitik hat das durch den Einsatz ihres Instrumentariums verhindern können. Aber dennoch hat es in einigen Volkswirtschaften deutlich sichtbare Rezessionen gegeben, und alle Volkswirtschaften sind nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Problem der Inflation konfrontiert worden. Warum ist es der unbestreitbar weit fortentwickelten Wirtschaftspolitik nicht gelungen, Vollbeschäftigung herzustellen und zugleich die Inflation zu vermeiden? Hat die Wirtschaftspolitik das verfügbare Instrumentarium falsch eingesetzt, hat sie die gestellten Aufgaben nicht recht erkannt oder sind die beiden Ziele der Vollbeschäftigung und Preis- (oder Lohn-)stabilität wirklich notwendig miteinander unvereinbar? Diese Fragestellung ist der Ausgangspunkt für die theoretische Studie von Pitchford über Kosten-



inflation und Nachfrageinflation, die in der vorzüglichen Sammlung von Beiträgen zur ökonomischen Analyse (*Contributions to Economic Analysis*) von *Strotz, Tinbergen, Verdoorn* und *Witteveen* herausgegeben worden ist.

Der Verfasser führt die Untersuchung mit dem angemessenen theoretischen Werkzeug, das er sich bei der Prüfung der Nachfrage und des Angebots auf den Arbeits- und Warenmärkten und bei der Lohn- und Preisbestimmung erarbeitet und das ihn zur Klassifizierung von neun Inflationstypen führt, je nachdem, ob Nachfrage- und/oder Kostenelemente das allgemeine Preis- und Lohnniveau determinieren.

Pitchford hat ein Beispiel für jeden Typ analysiert und zeigt die Ergebnisse in den folgenden Kapiteln. Er beginnt mit dem komplexen Fall, in dem Nachfrageelemente und Kostenelemente sowohl das Preisniveau als auch das Lohnniveau bestimmen. Zunächst wird ein im Ausgangspunkt sich im Gleichgewicht befindliches System einer geschlossenen Wirtschaft — später einer offenen Wirtschaft — unter den verschiedenen Annahmen beschrieben, daß eine plötzliche Veränderung einmal nur die autonome Nachfrage erhöht, zum anderen auch mit erhöhten Reallohnforderungen und Profitansprüchen verbunden ist. Dann wird eine graphische Version des Modells dargestellt, die die Beziehung zwischen den Veränderungsdaten von Preisen und Löhnen und dem Beschäftigungsniveau zeigt. In den nächsten Schritten löst Pitchford den komplexen Fall auf, untersucht nun die verschiedenen möglichen Kombinationen von Nachfrage und/oder Kosteneinflüssen auf das Preis- und Lohnniveau, führt variable Lohn- und Profitquoten ein und vertieft seine Untersuchungsergebnisse noch durch eine Disaggregation der Modellgrößen, die die Ergebnisse einsichtiger und wirklichkeitsnäher gestaltet. Es zeigt sich, daß für den Ablauf der Modelle die Existenz oder das Fehlen von höheren Einkommensforderungen der Lohn- und/oder Profitbezieher von entscheidender Bedeutung ist. Damit wird eine (noch unveröffentlichte) Untersuchung des Rezensenten bestätigt, die zu dem Ergebnis führt, daß die Koexistenz von volkswirtschaftlichen Wachstumsraten und Einkommensverteilungsraten durch inflationäre bzw. deflationäre Prozesse hergestellt wird. Anschließend behandelt Pitchford daher konsequent auf einer weniger theoretischen Ebene die Quellen der erhöhten Einkommensforderungen (die sozialen Gegenspieler, soziale Institutionen, die Märkte, die Technik u. a.) und damit die möglichen Gründe für eine Unvereinbarkeit von Preis(Lohn)stabilitäts- und Vollbeschäftigungszielen. Die Diagnose ist damit gestellt, wir kennen die Ursachen und Quellen der Inflationerscheinungen; das erleichtert die Therapie. Pitchford prüft die möglichen Antiinflationpolitiken. Natürlich kann dabei nicht eine vollständige Aufzählung möglicher Maßnahmen erwartet werden. Er will einen Überblick über die verschiedenen Arten von Aktionsmöglichkeiten geben, die verfügbar sind. Er zeigt, daß der Zielkonflikt zwischen Preis(Lohn)stabilität und Vollbeschäftigung nicht auf eine einzige Ursache zurückzuführen ist; es gibt mehrere verantwortliche Faktoren, und wenn man sie

erst einmal isoliert hat, ergibt es sich, daß viele sich korrigieren lassen. Zurück bleibt ein unbeeinflussbarer Rest von Zielkonflikt, und Pitchford schlägt vor, daß bei der Wahl des politischen Zieles zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung immer jenes angestrebt werden sollte, das gerade in Gefahr ist, verloren zu gehen. Das kann man akzeptieren.

Fritz Abb, Frankfurt

*Deutsche Bundesbank* (Hrsg.): Deutsches Papiergeld 1772—1870. Frankfurt am Main o. J. (1963). Deutsche Bundesbank. XI.

*Deutsche Bundesbank* (Hrsg.): Das Papiergeld im Deutschen Reich 1871—1948. Frankfurt am Main o. J. (1965). Deutsche Bundesbank. 198 S.

*Deutsche Bundesbank* (Hrsg.): Die Noten der Deutschen Bundesbank. Frankfurt am Main o. J. (1964). Deutsche Bundesbank. 132 S.

Geldscheine sind sprechende Dokumente ihrer Zeit, die in Zeichnung und Ornament den Zeitgeschmack wiedergeben. So ist die Geschichte der Banknoten, nicht allein des Banknotenwesens, ein nicht unwichtiger Teil der Kulturgeschichte. Obwohl in der BRD mit einem Umlauf von 29 Mrd. DM angesichts der ständig nötigen Erneuerung jährlich einige hundert Tonnen verbraucht werden und obwohl jeder einzelne täglich Banknoten zur Hand nimmt, ist eine Kenntnis dieses interessanten Teils der Geldgeschichte wenig verbreitet.

Es ist daher außerordentlich verdienstvoll, daß die Deutsche Bundesbank drei drucktechnisch hervorragend gelungene Bände zur deutschen Papiergeldgeschichte vorgelegt hat. In diesen Bänden wird sichtbar, daß die Autoren und Herausgeber mit großer Liebe zur Sache und guter Kenntnis der historischen Entwicklung des deutschen Banknotenwesens von 1772 bis zur Gegenwart ans Werk gegangen sind. Alle drei Bände enthalten einen knapp und klar formulierten Textteil und einen sehr guten Bildteil mit fast ausschließlich farbigen Wiedergaben von Banknoten, Reichskassenscheinen, Darlehnskassenscheinen und auch von Notgeld. Im dritten Band, der die Noten der Bundesbank behandelt, werden auch Entwürfe, Bildvorlagen und Bilder von der Herstellung von Banknoten gegeben. Darüber hinaus verfügt jeder Band über einen umfänglichen Anhang, der Auskunft über die Emissionsbanken (vor allem über die Privatnotenbanken), die Emissionen gibt und die einschlägigen Gesetzestexte enthält.

Der *erste Band* (Deutsches Papiergeld 1772—1870) ist insbesondere für die Banknotensammler ein Augenschmaus, werden doch hier manche nur in wenigen Exemplaren noch vorhandene Scheine farbig abgebildet: z. B. Belagerungsgeld von Mainz, Colberg, Erfurt; Staatspapiergeld (darunter Sachsen von 1772, Preußische Tresorscheine von 1806 u. a.) sowie Noten der sogenannten privaten Notenbanken.

Im Gegensatz zu den Münzen, die selbst als Scheidemünzen noch einen Schwert besaßen und in vielen Exemplaren auf unsere Zeit gekommen sind, sind die älteren Noten bis auf wenige Stücke untergegangen. Die Bundesbank, die über eine umfangreiche Banknotensammlung verfügt — die hervorragende Sammlung der Reichsbank

und die Archivbestände der Reichsdruckerei sind nur zum Teil gerettet worden —, zeigt in diesem Bande auch manchen Schein aus privater Sammlung.

Der *zweite Band* (Das Papiergeld im Deutschen Reich 1871—1948) ist abgesehen vom ersten Teil, der die Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges behandelt, eine illustrierte Geschichte der großen deutschen Inflation. Anschaulich wird die Bargeldpolitik von 1914—1923 dargestellt und durch Abbildungen eindrucksvoll vor Augen geführt. Man erfährt von der wechselnden Haltung der Reichsbankleitung gegenüber der Politik der Ausgabe von Notgeld. Zeitweilig wurden diese Emissionen als Stütze betrachtet, zeitweilig aber als Durchkreuzung der Reichsbankpolitik. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges halfen sie die Kleingeldnot überwinden. Darauf folgte ein Verbot der Notgeldausgabe, weil man offenbar eine Störung der Geldversorgungspolitik der verantwortlichen Notenbank befürchtete. Schließlich aber, als die Reichsdruckerei und die vielen privaten Druckereien nicht mehr genügend Druckkapazität hatten, um den ins riesenhafte angewachsenen Bedarf der Notenbank an Reichsbanknoten zu decken, gab die Reichsbank den Notgeldemittenten sogar Hilfestellung, indem sie die Hälfte der Druckkosten und den Schaden übernahm, der durch Fälschungen entstehen würde.

Der *dritte Band* (Die Noten der Deutschen Bundesbank) behandelt auch die Vorläufer der Bundesbanknoten, also das von den Alliierten bei der Währungsreform bereitgestellte Papiergeld. Die ersten DM-Noten waren in den USA gedruckt worden. Wir sehen beim Durchblättern dieses Bandes, wie auch die Noten der Bank Deutscher Länder und die der Bundesbank noch lange den Charakter ausländischer Banknoten trugen. Zunächst wurde die Zeichnung der alliierten Scheine beibehalten und Schritt für Schritt eine Rückkehr zum Typus des deutschen Banknotenbildes vorbereitet. Erst seit 1950 werden die deutschen Banknoten wieder in Deutschland gedruckt, jedoch das Papier aus Frankreich und England bezogen. Seit 1962 entwickelten deutsche Papierfabriken für Banknotendruck geeignetes Papier, und seit Herbst 1965 werden die Noten der Deutschen Bundesbank wieder auf deutschem Papier gedruckt.

Alfred Kruse, Berlin

*Agrarprobleme in der modernen Industriegesellschaft.* Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 28. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. in Essen am 18. und 19. Juni 1965. (Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 12.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 123 S.

Die Vorträge von Roderich *Plate*, Hohenheim, und von Heinrich *Niehaus*, Bonn, behandeln die Probleme der innerdeutschen Agrarpolitik, während das Referat von Fritz *Baade* zeigt, wie die deutschen Probleme eng mit der Weltagrarwirtschaft verbunden sind. Die Stützung der Agrarpreise in den USA und die Subventionen an die ame-

rikanischen Landwirte, der geschenkweise Export amerikanischer Agrarprodukte auf Grund des Gesetzes 480 zusammen mit der Subventionspolitik der europäischen Staaten bewirkte, daß fast alle wichtigen Länder ihre Binnenmarktpreise vom Weltagrarmarkt abgesetzt haben. Die Weltagrarmärkte haben damit ihre eigentliche Funktion verloren. Hiermit tritt die Frage deutlich zutage, wie man sich eine neue Weltagrarrordnung vorstellen kann und soll.

Das deutsche Problem ist, wie Niehaus und Plate klar hervorhoben, die Wandlung der Agrarstruktur. Nach Niehaus bedeutet die Besserung der Agrarstruktur, daß die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche von weniger Bauern als vorher bewirtschaftet wird. Er meint, „dieses Schrumpfen der selbständigen Existenzen paßt manchen agrarpolitischen Praktikern und Verbänden nicht ins Konzept“. Mit Recht fragt er weiter: „Sind solche Selbständigen, die mit dem staatlichen Schnuller im Mund immer wieder nach der Flasche schreien, Stützen der Gesellschaft?“ Man hat oft, an den Symptomen kurierend, versucht, mit Preisstützungen und Subventionen der Not der Landwirtschaft zu steuern. Niehaus weist nach, daß die Ergebnisse dieser Politik enttäuschend waren. „Obwohl das immer mehr eingesehen wird, läuft diese Politik nach dem Trägheitsgesetz immer weiter.“ So fordert Niehaus, man solle statt dessen eine an klaren Leitbildern orientierte Agrarpolitik treiben, die sich die Wandlung der deutschen Agrarstruktur zum Ziel gesetzt hat.

Das Entscheidende an den Referaten und an den Ausführungen der Diskussionsredner ist, daß sie wirklich an den Kern der Problematik herangegangen sind. Deswegen ist diese Sammlung von Vorträgen und Diskussionsbeiträgen von beträchtlichem wissenschaftlichem und politischem Wert.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Helmut Röhm*: Die westdeutsche Landwirtschaft. Agrarstruktur, Agrarwirtschaft und landwirtschaftliche Anpassung. München-Basel-Wien 1964. Bayerischer Landwirtschaftsverlag, 141 S. mit 18 Abb. und 11 Übersichten.

Die vorliegende Schrift gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Gesamtsituation der westdeutschen Landwirtschaft. Sie weist auf die engen Zusammenhänge hin, die zwischen der Agrarstruktur, der Agrarproduktion, dem landwirtschaftlichen Einkommen, den landwirtschaftlichen Sozialverhältnissen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik bestehen.

Im ersten Teil beschreibt Röhm die Grundlagen und die Entwicklung der westdeutschen Agrarstruktur. Mit zahlreichen Abbildungen wird hier neues wissenschaftliches Material dargeboten, welches einen ausgezeichneten Überblick über die westdeutsche Agrarstruktur gibt. Dem Rezensenten ist keine bessere zusammenfassende Darstellung dieser Probleme bekannt.

Nachdem die naturbedingten und agrarstrukturellen Nachteile, durch welche die westdeutsche Landwirtschaft belastet ist, behandelt wur-

den, beschreibt Röhms im zweiten Teil die Eigengesetzlichkeiten der landwirtschaftlichen Produktions-, Absatz- und Wachstumsverhältnisse und begründet hiermit die insbesondere auch aus sozialpolitischen Erwägungen heraus für notwendig gehaltenen zahlreichen staatlichen Förderungsbeihilfen. Mit diesen Ausführungen und mit denen des dritten Abschnitts, die die Anpassungsprobleme der westdeutschen Landwirtschaft behandeln, weckt der Verfasser Verständnis für die Belange der Landwirtschaft. Dieses Anliegen ist begrüßenswert, denn in zahlreichen Veröffentlichungen über schwierige Probleme der Agrarpolitik wird manches gesprochen und geschrieben, was nicht den Tatsachen entspricht, und zwar selten aus bösem Willen, sondern meist aus Unkenntnis und aus Gründen mangelnder objektiver Information.

Auch wenn man nach Ansicht des Rezensenten die für die Landwirtschaft unangenehmen Konsequenzen eines völlig freien Marktes in einem liberalistisch-ökonomischen System vielleicht noch deutlicher hätte herausarbeiten sollen, um das Dilemma der deutschen Landwirtschaft, d. h. die bevorstehende Wandlung der Agrarstruktur, drastisch aufzuzeigen, erfüllt die Arbeit von Röhms eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Jeder, der sich mit agrarpolitischen Problemen befaßt, sollte dem Autor für diese Schrift dankbar sein. Endlich gibt es jetzt eine für Landwirte und Nichtlandwirte, Fachleute und Laien gleichermaßen verständliche Darstellung der agrarwirtschaftlichen Problematik. Diese Arbeit verdient größte Verbreitung.

Hans Stamer, Kiel

*Earl W. Kehrberg* und *Erwin Reisch*: Wirtschaftslehre der landwirtschaftlichen Produktion. München, Basel, Wien 1964. BLV Verlags-Ges. 263 S., 103 Abb.

Während im Bereich der allgemeinen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre Darstellungen namhafter Autoren über die produktions- und kostentheoretischen Grundlagen des Wirtschaftsprozesses vorliegen, fehlte bisher eine gleiche deutschsprachige Arbeit für die theoretische Agrarökonomik. Ziel der Verfasser war es daher, diese Lücke zu schließen und darüber hinaus „die neuerdings immer größere Interesse findenden quantitativen Methoden darzustellen“. Die vorgelegte Veröffentlichung ist an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim aus einer Vorlesung im Wintersemester 1961/62 entstanden, die für die Drucklegung weiter ausgearbeitet wurde. Als Lehrbuch konzipiert, wendet sich die Arbeit vor allem an Studenten, Doktoranden und Personen, die sich „im Berufsleben mit ökonomischen Problemen der Landwirtschaft befassen müssen“.

Das Buch ist in zwei Hauptabschnitte gegliedert. Im ersten Teil, der mit „Einführung in die Wirtschaftstheorie der landwirtschaftlichen Produktion“ überschrieben ist, erfolgen zunächst allgemeine Ausführungen zum Wesen der Wirtschaft und des Wirtschaftens. Es werden weiterhin der Standort der „Wirtschaftstheorie der landwirtschaftlichen Produktion“ aufgezeigt und Anmerkungen zu deren

Geltungsbereich gemacht. Nach der Beschreibung der produktionswirtschaftlichen Probleme erfolgt eine kurze Erörterung über die Wege der Problemlösung im Bereich der Forschung. Dabei wird der deduktiven Forschung ein gewisses Primat zuerkannt, jedoch nicht übersehen, daß auf der Grundlage der so gewonnenen Annahmen erst durch die Empirie eine Verifizierung der Prämissen möglich ist. Das erste Kapitel dieses Teiles schließt ab mit Definitionen der Begriffspaare „Theorie und Modell“, „statisch und dynamisch“, „vollkommenes und unvollkommenes Wissen“ sowie „Betrieb und Unternehmung“.

Die folgenden Kapitel geben einen umfassenden Einblick in die sich aus dem Kombinationsprozeß ergebenden Probleme. Die Produktionsfunktion wird eingehend und in algebraischer und geometrischer Form dargestellt. Ein relativ breiter Raum ist den marginalanalytischen Überlegungen gewidmet (optimale Produktionsintensität, Minimalkostenkombination, optimale Produktionsrichtung usw.). Im Anschluß daran erfolgt die Darstellung der Kostenfunktion, ausgehend vom einfachsten Fall mit einem Produkt und einem variablen Faktor bis hin zur allgemeinen Formulierung des Optimums. In Weiterführung der Kostenüberlegungen werden Wirtschaftlichkeitsfragen der Produktionsmenge (Beschäftigung) und der Betriebsgröße erörtert. Den Abschluß des ersten Teiles bilden Ausführungen über die Angebots- und Nachfragefunktionen des Betriebes und den Beziehungen zwischen dem Standort, der Intensität und der Produktionsrichtung sowie eine kurze Darstellung der Grundrente.

Der zweite Teil — unter der Überschrift „Einführung in die quantitativen Methoden der Produktionsplanung“ — beschäftigt sich zunächst mit der „Produktionsfunktionsanalyse“. Er „baut unmittelbar auf der in Teil A dargestellten Produktionstheorie auf und benutzt deren Konzepte zur Gewinnung quantitativer Aussagen über biologische Zusammenhänge, wirtschaftliche Verbesserungsmöglichkeiten und optimale Nutzung der verfügbaren Produktionsmittel“. Im einzelnen erfolgen zunächst kurze Ausführungen zum Problem der Schätzung von Produktionsfunktionen. Daran anschließend werden verschiedene mögliche Produktionsfunktionen diskutiert und Fragen der Anpassung von Funktionen an Daten erörtert.

Der größte Abschnitt dieses Teiles befaßt sich jedoch mit der linearen Programmierung. Die Darlegungen beginnen — der Zielsetzung als Lehrbuch entsprechend — mit der Beschreibung der „Grundkonzepte der linearen Programmierung“. Es wird ein Überblick über die einschlägige Theorie und die Modellannahmen sowie schließlich über die mathematische Formulierung des Problems mit einer geometrischen Erläuterung der Lösung gegeben. Nach einer kurzen Darstellung der „Mechanik“ der linearen Programmierung werden — beginnend mit Minimierungsproblemen — unter Zuhilfenahme zahlreicher Beispiele verschiedene Planungsaufgaben (u. a. Behandlung von Zwischenprodukten, Arbeitsverteilung, Verteilung der Kapitalnutzung, Investitionsprobleme) behandelt.

Abschließend werden die parametrische Programmierung und das Transportmodell besprochen.

Mit der Arbeit von Kehrberg und Reisch, die in knapper, aber dennoch umfassender und gut lesbarer Form die wirtschaftstheoretischen Grundlagen sowie die quantitativen Methoden in Anwendung auf die Landwirtschaft vermittelt, ist ein bedeutsamer Beitrag zur Lösung sowohl theoretischer als auch praktischer betriebswirtschaftlicher Fragen vorgelegt worden. Ausgewählte Literaturangaben erleichtern das weitere Eindringen in die dargestellte Materie. Zusammen mit der „Linearen Programmierung in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft“ von Reisch, die 1962 im gleichen Verlag erschienen ist [vgl. Bespr. Schmoll. Jahrbuch, 84. Jg. (1964) Heft 3, S. 366 f.] liegen nunmehr Veröffentlichungen vor, die gerade im Bereich dieser noch relativ jungen Methode eine erschöpfende Auskunft über Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen der linearen Programmierung in der Landwirtschaft zu geben vermögen.

Hermann Schulz-Borck, Stuttgart

*Klaus Billerbeck:* Die Konsequenz der Industrialisierung der Entwicklungsländer für die Industrieländer. Köln-Opladen 1964. Westdeutscher Verlag, 41 S.

Die Schrift entstand aus einem Vortrag, den der Verfasser im Anschluß „Entwicklungsländer“ der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im November 1963 gehalten hat und der durch zahlreiche Anregungen erweitert wurde, die der Verfasser in der seinem Vortrag folgenden Diskussion erhielt. Auf 35 Seiten bringt er in stark zusammengedrückter Form eine Fülle von Gedanken. Wenn durch die rasche wirtschaftliche und soziale Entwicklung auch einige kritische Bemerkungen und Vorschläge des Autors heute nicht mehr aktuell sein mögen, so gibt er doch andererseits manchen zutreffenden Hinweis für die von ihm behandelte Problematik. Nur einige Ausführungen der sehr lesenswerten Arbeit seien hier wiedergegeben.

Verfasser unternimmt den Nachweis, daß die Industrialisierung der Entwicklungsländer aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht abzuwenden ist. Die Geschichte lehre, daß das Wachstum der Industrie in den zuerst industrialisierten Ländern durch die Industrialisierung anderer Länder nicht beeinträchtigt, sondern gestärkt worden sei. Freilich ging die Industrialisierung der Industrieländer im 19. Jahrhundert unter weit günstigeren Bedingungen vor sich als die der Entwicklungsländer heute (S. 27). Verfasser unterscheidet zwischen inlandsorientierter und überwiegend exportorientierter Industrialisierung, die in der Praxis eng miteinander verbunden sind, sich aber für die Wirtschaftsstruktur der Industrieländer unterschiedlich auswirken können. Der Autor behandelt im einzelnen die Konsequenzen der Industrialisierung der Entwicklungsländer für die Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Industriepolitik der Industrieländer, die miteinander harmonisieren müssen, wenn die Umstrukturierung der Indu-

strieländer erfolgreich durchgeführt werden soll. Dazu ist u. a. erforderlich ein neues Durchdenken der Kapitalhilfe und im eigensten Interesse der Industrieländer die Öffnung ihrer Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer unter Beseitigung aller handelspolitischen Hemmnisse. Die zukünftige Weltwirtschaft wird, wie Billerbeck mit Karl Schiller bemerkt (S. 24), „dadurch gekennzeichnet sein, daß der bisherige ‚komplementäre‘ Gütertausch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zunehmend durch einen ‚substitutiven‘ Gütertausch ergänzt werden wird, durch einen Gütertausch, wie er schon heute zwischen den Industrieländern besteht“.

Bruno Schultz, Berlin

*Angelika Sievers: Ceylon, Gesellschaft und Lebensraum in den orientalischen Tropen. Eine sozialgeographische Landeskunde.* Wiesbaden 1964. Franz Steiner Verlag GmbH. XXXII, 398 S., 32 Karten und Profile, 3 Luftbildaufnahmen und 77 Bilder im Anhang.

Ceylon ist nach Fläche und Einwohnerzahl etwa ebenso groß wie Bayern. Trotzdem ist die Insel weder in der deutschen noch in der englischen Literatur bisher Gegenstand einer selbständigen, umfassenden und wissenschaftlichen Landeskunde geworden. Man hat sie vielmehr als Anhängsel des indischen Subkontinents betrachtet, wie das z. B. Norbert Krebs und Ludwig Alsdorf auch getan haben. Diese offenbar vorhandene Lücke will die Verfasserin mit ihrer sozialgeographischen Monographie ausfüllen. Die Früchte ihrer ansehnlichen geographischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Kenntnisse sind nicht nur dem Geographen, sondern auch dem Nationalökonom und dem Soziologen willkommen, der sich mit den tropischen Entwicklungsländern zu befassen hat.

An Ort und Stelle konnte die Verfasserin feststellen, daß das ökonomische und gesellschaftliche Kernproblem Ceylons die außerordentlich schnelle Vermehrung der Bevölkerung ist, die im Jahrzehnt 1953—1963 um 30 % zugenommen hat. Damit hat die Insel die stärkste Bevölkerungsvermehrung in Ostasien aufzuweisen. Bei der Knappheit des Bodens und der meist technisch rückständigen Landwirtschaft ist die Lebenshaltung gedrückt. Die Menschen auf Ceylon leben größtenteils noch in religiös durchdrungenen, traditionellen Gemeinschaften, die in der Mehrzahl kastenmäßig geordnet sind. Ein Übergang von der agrarwirtschaftlich orientierten zu einer industriell ausgerichteten Volkswirtschaft ist kein Ausweg aus der Not, weil Ceylon arm an Rohstoffen, Bodenschätzen und Energiequellen ist. So gilt es die Landwirtschaft zu fördern, ihre Produktion zu heben, damit die Insel sich aus eigener Scholle ernähren und dann die Einfuhr von Reis wegfallen kann. Die Agrarverfassung ist kleinbäuerlich. Daneben werden in Plantagen Tee, Gummi und Kokosprodukte erzeugt. Das Nebeneinander der primitiv betriebenen kleinbäuerlichen Reisbetriebe und der mehr oder weniger kaufmännisch betriebenen Plantagen ergibt die Dual-Economy, die für Ceylon kennzeichnend ist.



Dieser Gesamtüberblick, der den ersten Teil des Buches ausfüllt, wird im zweiten Teil durch eine Reihe kulturlandschaftlicher Einzelbilder vervollständigt. Die Verfasserin arbeitet hier die starken Differenzen der einzelnen Landschaften heraus, die, obwohl auf kleinem Raum vereinigt, erhebliche wirtschaftliche und gesellschaftliche sowie klimatische Unterschiede aufweisen.

Den Abschluß bildet ein eingehendes Literaturverzeichnis sowie eine Anzahl guter Bilder, die das in den beiden Teilen des Buches Gesagte eindrucksvoll illustrieren.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Sigurd Klatt*: Die ökonomische Bedeutung der Qualität von Verkehrsleistungen. (Verkehrswissenschaftliche Forschungen Band 11). Berlin 1965. Duncker & Humblot. 350 S.

Der Verfasser will theoretisch untersuchen, welche Bedeutung die Qualität von Verkehrsleistungen auf dem Verkehrsmarkt hat und wie im Binnenverkehr der Bundesrepublik die Qualitätskonkurrenz und die Qualitätskooperation der Verkehrsträger sich durchsetzen. Dabei versucht der Verfasser, die Arbeiten von *Miksch*, *Brems* und *Chamberlin* fortzusetzen. Er betritt wissenschaftliches Neuland, und man muß anerkennen, daß er den Mut dazu gehabt hat. Die komplizierte und schwerfällige, etwas langatmige Darstellung erschwert jedoch das Verständnis der zweifellos neuartigen und wertvollen Gedanken. Deshalb erscheint es wohl zweckmäßig, die Arbeit daraufhin zu überprüfen, ob diese Gedanken nicht in einer lesbareren, besser verständlichen und kürzeren Form dem Leser dargeboten werden könnten.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Karl Förster*: Allgemeine Energiewirtschaft. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 318 S.

Die Diskussion um den deutschen Kohlenbergbau, die Heizölpreise und den Bau von Atomkraftwerken hat die Bedeutung der Energiewirtschaft über den Bereich der Fachleute hinaus in den Mittelpunkt des Interesses treten lassen. Mit dem vorliegenden Buch hat Förster den Versuch unternommen, ein Resümee der zahlreichen energiewirtschaftlichen Einzeluntersuchungen und damit eine allgemeine, sämtliche Energiebereiche umfassende Darstellung zu geben, die als Lehrbuch und Nachschlagewerk für energiewirtschaftliche Fragen die Basis für einen weiteren Ausbau des Faches Energiewirtschaft im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften bieten kann. Nach einer Übersicht der Energiequellen und -produktion der Welt wird auf die Eigentumsverhältnisse und Konzentrationsbestrebungen im Energiebereich eingegangen, dann schließen sich betriebswirtschaftliche Betrachtungen über die Kosten- und Erlössituation, über die Gestaltung der Energiemärkte, an, denen eine Untersuchung der „wirtschaftsgestaltenden, raumfüllenden Kraft energiewirtschaftlicher Investitionen“ folgt.

Hier und in den abschließenden energiepolitischen Erörterungen werden manche raumordnungs- und wachstumspolitische Fragen angesprochen; auch die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Kohle und Öl wird gebührend berücksichtigt. Sowohl die spezielle Situation der Bundesrepublik wie die weltweiten energiewirtschaftlichen Anliegen, die von Förster neben Substitutionsproblemen einzelner Energieträger, Absatzfragen usw. behandelt werden, bestätigen, daß hier wirklich eine „allgemeine Energiewirtschaft“ vorliegt. Zahlreiche Tabellen und Diagramme liefern den quantitativen Hintergrund, der bei der Erörterung so stark auf die Zukunft ausgerichteter Fragen zu beachten ist. Dieses Zahlenmaterial und die umfangreichen Literaturangaben werden mit dazu beitragen, daß das Buch einen hervorragenden Platz im Rahmen der energiewirtschaftlichen Literatur einnehmen wird. Gerade auch der Student, der sich für dieses Spezialfach im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften interessiert, wird gern zunächst nach dieser übersichtlichen und doch in alle schwierigen Probleme zumindest einführenden Darstellung greifen.

Harald Winkel, Mainz

*Jaroslav G. Polach*: Euratom. New York 1964. Oceana Publications, Inc. 256 S.

In der literarischen Diskussion um die Integration Europas war die Europäische Atomgemeinschaft bislang ein Stiefkind. Sie wurde mehr oder weniger als Anhängsel der EWG betrachtet; gesonderte Veröffentlichungen, die sich ausführlich mit Euratom und ihren besonderen Problemen befassen, gibt es kaum. In dem kürzlich gefaßten Beschluß, die Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften zusammenzulegen, könnte man eine Rechtfertigung der bisherigen Haltung sehen; in Wirklichkeit werden die eigentlichen Probleme davon nicht berührt. So wird auch das Buch von Polach nur insofern von dieser Änderung betroffen, als der dargestellte organisatorische Aufbau zum Teil nur mehr historisches Interesse hat. Die Erörterung der speziellen Ziele, der Durchführungsschwierigkeiten und der Zukunftsaspekte ist aktuell und verdienstvoll.

Der Verfasser gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Anfänge der europäischen Einigungsbestrebungen. Dann folgt eine Darlegung der Zielsetzung der Atomgemeinschaft vor dem Hintergrund der konventionellen Energiequellen Europas und dem geschätzten zukünftigen Energiebedarf. Im folgenden Teil wird der Aufgabenbereich und der institutionelle Aufbau der Europäischen Atomgemeinschaft erläutert. Und schließlich kommt der Verfasser im interessantesten Abschnitt zu den bisherigen Ergebnissen, den Hemmnissen, den Fehlentwicklungen. Er weist darauf hin, daß die hochgespannten politischen Erwartungen, die von mancher Seite mit dieser Institution verbunden wurden, sich nicht erfüllt haben. Den Hauptgrund sieht er in der Beschränkung des Euratom-Programms auf die Herstellung von elektrischem Strom. Das

Fehlen einer gemeinsamen Energiepolitik, das wachsende, mit Preisrückgängen verbundene Angebot an konventionellen Energieträgern und die stark kollidierenden Interessen der Mitgliedländer hemmten die Zusammenarbeit. Hinzu kam die Zurückhaltung der Privatindustrie, die nicht zuletzt auf unsichere Kalkulationsgrundlagen zurückzuführen war. Musterkalkulationen — auch amerikanischer Herkunft — gingen von z. T. ungerechtfertigten Voraussetzungen aus. Auch änderte sich die Haltung der einzelnen Mitgliedländer zu Euratom im Laufe der Zeit beträchtlich und schuf neue Hindernisse.

Aber im Zeitverlauf hat sich die Aktivität Euratoms, die ursprünglich ausschließlich auf die Gewinnung von Kernenergie gerichtet war, auch auf das Gebiet der Forschung und Entwicklung verlagert. Forschungszentren wurden errichtet und Forschungsaufträge vergeben. Der Verfasser zählt ausführlich die bisherigen Resultate und die geplanten Aktivitäten der Gemeinschaft auf und widmet auch den institutionellen Entwicklungen seine Aufmerksamkeit. Der letzte Teil, in dem eine Wertung Euratoms versucht wird, bietet theoretisch wenig Neues, wohl aber einige zweifelhafte Thesen. Handelsausweitung und Handelsverlagerung als Wirkungen einer Zollunion werden auf Euratom angewandt. Wichtig ist der Hinweis, daß die Euratom-Kommission in ihrem Bemühen, Investitionen und Aktivitäten „gerecht“ auf die Mitgliedländer zu verteilen, den Prozeß der Umverteilung der Produktionsfaktoren zumindest stört. Das gleiche gilt für die nationalistischen Interessen, die die einzelnen Länder verfolgen und die sie daran hindern, einen eventuellen technischen Vorsprung zugunsten der anderen aufzugeben. Verstärkung des Wettbewerbs, Erhöhung des technischen Wissens, ansteigende Produktivität sind die positiven Wirkungen Euratoms. Nicht ganz überzeugend ist der Versuch des Verfassers, die bisherigen mageren Ergebnisse dadurch zu entschuldigen, daß er auf analoge historische Vorgänge verweist, die zeigten, daß verstärkte wissenschaftliche Bemühungen auf einem Gebiet langfristig immer günstig wirkten. Auch die Behauptung, daß Euratom erstens einen Krieg zwischen den Mitgliedländern unmöglich mache und daß zweitens aus dieser Tatsache starke ökonomische Antriebskräfte resultierten, weil dadurch langfristige unternehmerische Planungen ermöglicht würden, mutet eher schwärmerisch als realistisch an. Der starke Zufluß ausländischen Kapitals, den der Verfasser zur Stützung seiner These anführt, hat doch wohl andere Gründe.

Hubertus Adebahr, Berlin

*Hans Jürgen Gundlach*: Subventionen als Mittel der Wirtschaftspolitik. Berlin und Frankfurt 1965. Verlag Franz Vahlen G.m.b.H. 116 S.

Das Thema der Subventionen ist in der Finanzwissenschaft schon oft und ausführlich behandelt worden. Trotzdem verliert es nicht an Interesse, da gerade in den letzten Jahren — besonders in der Bundesrepublik — die Frage der Subventionen die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit in immer stärkerem Maße erregt hat, wobei es

sichtbar wurde, daß ein überraschend großer Teil der öffentlichen Mittel für Subventionszwecke eingesetzt wird. (Vgl. hierzu die Anfrage im Bundestag betreffs Subventionen 1959 sowie die von Regierungsseite abgegebenen Erklärungen über das Ausmaß der Subventionen in der letzten Zeit u. a.)

Das Thema der Abhandlung schränkt der Verfasser im Verlaufe der Untersuchung auf den Bereich der sozialen Marktwirtschaft ein. Folgerichtig beginnt Gundlach seine Untersuchung mit der Abgrenzung des Subventionsbegriffes. Den herrschenden Begriff der Subvention (*Newmark*, Wilhelm *Meinhold* u. a.) glaubt er erweitern zu müssen, indem er auch Zuwendungen von privater Hand in den Begriff der Subventionen einschließt und ferner ein entsprechendes („erwartetes“) Verhalten des Subventionierten unterstellt. Die Zweckmäßigkeit dieser Abweichung erscheint allerdings nicht überzeugend. Auf Bedenken muß der Versuch des Verfassers stoßen, in den Rahmen dieser Untersuchung auch die Frage der Aufbringung der Mittel mit einzubeziehen. Obwohl der Verfasser ausdrücklich auf den Grundsatz der Zentralisation des Budgets hinweist, zieht er jedoch aus dieser Erkenntnis nicht die notwendige Konsequenz.

Den Hauptteil der Abhandlung bildet das Kapitel „Die Wirkung der Vergabe von Subventionen und ihre Eignung als Mittel der Wirtschaftspolitik“. Gundlach bildet dabei fünf Gruppen von „unmittelbaren“ Zielsetzungen, die nach seiner Meinung für eine Subventionsgewährung in Betracht kommen. „Unmittelbares Ziel einer Subventionsgewährung ist es, das Verhalten einzelner Unternehmer bei der Bestimmung von Standort, Programm, Verfahren oder Umfang ihrer Produktion oder bei der Bestimmung ihrer Beschaffungs- und Absatzmärkte in bestimmter Weise zu beeinflussen.“ Damit ist allerdings der Rahmen der Möglichkeiten keineswegs ausgeschöpft. Die von ihm herausgestellten verschiedenen Subventionsmöglichkeiten unterzieht Gundlach einer kritischen Betrachtung. Sofern der Verfasser bei seiner Untersuchung auch die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen selbst in die Kritik mit einbezieht, geht er allerdings über das Ziel hinaus.

Im ganzen handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine systematische und im allgemeinen gründliche Untersuchung. Es wäre vielleicht zu wünschen gewesen, im Rahmen dieser Untersuchung der Frage der Abgrenzung der Subventionen gegenüber den Unterstützungen sowie dem Verhältnis der Subventionen zum Haushaltsplan eine stärkere Beachtung einzuräumen. Die deutschsprachige Literatur ist in reichlichem Maße berücksichtigt worden, leider aber nicht die ausländische.

Harry Runge, Stuttgart

**Carl-Heinz Tretner:** Wettbewerbsneutrale Gewinnbesteuerung. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 1248.) Köln und Opladen 1963. Westdeutscher Verlag. 97 S.

Mit der Wiederentdeckung der Bedeutung des Leistungswettbewerbs seit dem zweiten Weltkrieg hat auch die Forderung auf Wett-

bewerbsneutralität der Besteuerung stark an Gewicht gewonnen. Sie richtet sich auf „die Abstimmung von Steuersystem und Wirtschaftssystem, die dem ordnungspolitischen Leitbild einer auf dem Wettbewerbsprinzip beruhenden Marktwirtschaft gerecht wird“ (S. 10). Der Verfasser der vorliegenden Schrift wählt sie zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen und interpretiert sie als Postulat der steuerlichen Neutralität gegenüber der Konkurrenz, die „zwischen Anbietern der gleichen Branche, aber verschiedener Rechtsformen, Unternehmensgrößen und betrieblicher Standorte“ besteht.

Nach einer gedrängten Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Unternehmensbesteuerung wendet sich Tretner dem die heutige Steuerordnung kennzeichnenden Mangel an Gleichbehandlung der ungleichen Unternehmensformen und Unternehmensgrößen sowie den regionalen Belastungsunterschieden zu. Dabei versucht er, die Belastungsunterschiede zahlenmäßig zu erfassen und an bestimmten Beispielen zu vergleichen, ein Bemühen, das, wie er sich selber bewußt zu sein scheint, von mancherlei Problematik durchsetzt ist.

In einem letzten Abschnitt werden die zahlreichen bisher gemachten Vorschläge auf Um- und Neugestaltung von Steuern zusammengestellt, wobei der Verfasser teilweise auf Formulierung und Begründung seiner eigenen Auffassung darüber verzichtet. Das gilt vor allem gegenüber der Betriebssteuer, deren abschließende Würdigung mit einem entsprechenden Zitat *Schmölders* überlassen wird. Es lautet: „Für die endgültige Anpassung der Unternehmungsbesteuerung an die Grundsätze der Marktwirtschaft, insbesondere für die Verwirklichung einer wettbewerbsneutralen Besteuerung bleibt die Konzeption der Betriebssteuer als Fernziel im Rahmen einer ‚organischen‘ Steuerreform nach wie vor aktuell“ (S. 86). Somit bleibt es für die nähere Zukunft bei Versuchen, die Gewinnsteuer selbst zum Ausgleich vorhandener Wettbewerbsbeeinträchtigungen einzusetzen. Als Hauptmittel dazu erscheint dem Verfasser die Ausgestaltung zur „Kapitalrenditensteuer“. Dazu wäre manches anzumerken, z. B. hinsichtlich der Problematik der Interpretation des Begriffs Leistungsfähigkeit bei seiner Übertragung auf die juristischen Personen. Der Kürze halber sei darauf verzichtet und auf den Aufsatz des Rezensenten „Probleme der Besteuerung der AG“ (Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Jg. 1955, S. 418 ff.) verwiesen. Eine Bemerkung sei immerhin beigefügt. Der Verfasser schreibt zur Bundeswehrsteuer der Schweiz, daß hier der Gewinn auf eine Basisgröße bezogen werde, „die eine einheitliche Vergleichsgrundlage für alle Unternehmungen bietet; diese Verhältniszahl muß eine Leistungsfähigkeit widerspiegeln, die im Wirtschaftsablauf, d. h. im Wettbewerb unter Beweis gestellt wurde“ (S. 32). Man darf aber hinter der sog. Ertragsintensitätssteuer, wie sie in der Schweiz, übrigens auch in den Kantonen, besteht, keine tief sinnigen Überlegungen in bezug auf die Leistungsfähigkeit der juristischen Personen und ihre richtige Erfassung suchen. Es war im Gegenteil eher — Gedankenlosigkeit, die hier ursprünglich

zur Übertragung des Progressionsprinzips von der Einkommensteuer auf die Gewinnsteuer der juristischen Personen geführt hat.

Theo Keller, St. Gallen

**Heinz Schindler:** Investitionsrechnungen in Theorie und Praxis. Meisenheim am Glan, 2., durchges. u. erg. Aufl. 1963. Anton Hain. 234 S.

1954 erschien die erste Auflage des Werkes. Diese ist als eine der in deutscher Sprache erschienenen Pionierarbeiten auf dem Gebiet der Investitionsrechnungen anzusehen. Die hier zu rezensierende zweite Auflage wurde vom Verfasser nur in viererlei Hinsicht abgeändert: 1. Der Anhang I (Besprechung einer Wirtschaftlichkeitsrechnung) wurde umgearbeitet. 2. Das Literaturverzeichnis wurde insofern ergänzt, als *einige* in den letzten Jahren erschienene Arbeiten Berücksichtigung fanden. 3. Das Register wurde ergänzt, und 4. ein Aufsatz des Verfassers aus dem Jahre 1956 über die Weiterentwicklung der MAPI-Methode wurde berücksichtigt.

Diese relativ geringfügigen Änderungen können Anlaß dazu sein, sowohl Theoretiker als auch Praktiker, die der Verfasser ja laut Titel in gleicher Weise ansprechen will, zu enttäuschen. Der hauptsächlich wissenschaftlich Interessierte wird es bedauern, daß neuere Veröffentlichungen auf dem Gebiet der betriebswirtschaftlichen Investitionslehre im Text nicht berücksichtigt wurden. Es seien hier nur beispielsweise genannt: die Ausdehnung der Rechnung durch Einbeziehung des Unsicherheitsmoments (d. h. der Mehrwertigkeit der Erwartungen) und die Berücksichtigung liquiditätsmäßiger sowie steuerlicher Gesichtspunkte. Es gibt sicherlich gute Gründe, diesen neueren, überwiegend grundsätzlich-methodischen Arbeiten zum Teil sehr skeptisch gegenüberzutreten. Immerhin hätten sie wenigstens erwähnt und kurz gekennzeichnet werden sollen. Vielleicht noch größer mag die Enttäuschung der Praktiker darüber sein, daß der Verfasser sich auch nicht mit den inzwischen erschienenen Arbeiten über die Problematik der Datengewinnung sowie über die stärkere Berücksichtigung nicht quantifizierbarer Vorzüge und Nachteile von Investitionsalternativen auseinandergesetzt hat. Diese Unterlassung muß negativ herausgestellt werden, obwohl dem Verfasser im Augenblick der Überarbeitung die Arbeit von Jonas („Investitionsrechnung“, Berlin 1964) noch nicht zur Verfügung stand. Es lagen immerhin Aufsätze in dieser Hinsicht vor.

Wenn aus den genannten Gründen die zweite Auflage des Werkes von Schindler sowohl in wissenschaftlicher als auch in praktischer Hinsicht nicht als dem neuesten Stand der Entwicklung entsprechend angesehen werden kann, so sollten doch die folgenden Vorzüge nicht übersehen werden: Die Arbeit gehört zu den Veröffentlichungen, die geeignet sind, die Kluft zwischen Theorie und Praxis zwar nicht zu überbrücken, so doch zu verringern. Dem Investitionstheoretiker werden immerhin insofern neue Anregungen geboten, als Schindler durch die gründliche Darlegung der traditionellen investitionstheoretischen Betrachtungsweisen und die Aufzeigung der Schwierigkeiten der Reali-

sierung entsprechender Verfahren in der Praxis Probleme herausgestellt hat, die grundsätzlich auch (oder erst recht) bei der Diskussion neuerer Verfahrensvorschläge beachtet werden sollten. Positiv zu beurteilen ist auch die Auseinandersetzung mit dem MAPI-System in seiner neueren Formulierung. Ferner ist positiv zu erwähnen, daß an einem praktischen Beispiel verschiedene Rechenverfahren erprobt werden, wenn auch hierzu notwendigerweise (je nach der Form der Investitionsrechnung) zusätzliche, vereinfachende Annahmen zu treffen sind, die die vollständige Vergleichbarkeit ausschließen (vgl. Anlage I, S. 181 ff., unter Bezugnahme auf § 40).

Negativ seien die folgenden Gesichtspunkte erwähnt: Die Gedankengänge hätten straffer und zielstrebigere dargelegt werden können. Beispielsweise wird die Betonung, daß die Wirtschaftlichkeitsrechnung nur einen Teil der Gesamtüberlegung darstellt, mehrfach wiederholt (vgl. S. 13/14, 27, 38, im vierten Kapitel und an anderen Stellen). Die im ganzen zu ausführliche wörtliche Wiedergabe fremden Gedankengutes erschwert das Erkennen der angestrebten Arbeitsrichtung. Die Behauptung, steuerliche Gesichtspunkte spielten bei Investitionsentscheidungen eine große Rolle und würden unmittelbar in die Rechnung eingehen (S. 174), wird nicht wissenschaftlich nachgewiesen, sondern lediglich durch die Aussagen *einzelner* Unternehmer gestützt. Diese Aussagen dürfen aber, wie man aus der Enquête *Gutenbergs* („Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmungen“, Köln und Opladen 1959) folgern muß, nicht ohne weiteres als für die Wirtschaftspraxis repräsentativ angesehen werden. Deduktive Untersuchungen des Rezensenten in der BFuP (1962, Nr. 3/4) und in der Neuen Betriebswirtschaft (1963, Nr. 1) sind im Gegenteil geeignet, den Ermittlungen *Gutenbergs* eher repräsentativen Charakter zuzusprechen als der Behauptung Schindlers.

Horst Schwarz, Berlin

*Claus Knetschke*: Die Zinsreagibilität der industriellen Investition  
Frankfurt am Main 1963. Franz Nowack Verlag. 125 S.

Das Werk wurde, wie Oswald *Hahn*, der Herausgeber, im Vorwort ankündigt, bereits drei Jahre vor dem Erscheinen, nämlich im Herbst 1960, im wesentlichen abgeschlossen. Dadurch fehlen naturgemäß zahlreiche wesentliche Veröffentlichungen, die in den letzten Jahren erschienen sind. Aber auch bereits vor Abschluß der Arbeit erschienene Werke muß man leider vermissen. So findet sich das bekannte Werk über Investitionspolitik von Horst *Brandt* — um nur ein Beispiel herauszugreifen — nicht einmal im Literaturverzeichnis. Hinzu kommt noch, daß die Verarbeitung der *berücksichtigten* Literatur zum Teil recht einseitig erfolgt. So wird z. B. seitenweise nur *Gutenberg* zitiert (vgl. z. B. S. 27 bis 30 und S. 70 bis 77) sowie abschnittsweise fast nur *Gutenberg*. Die Zitate bzw. die Gedankengänge *Gutenbergs* füllen andererseits insoweit fast den ganzen Text. Da es sich um zwei wesentliche Arbeiten *Gutenbergs* handelt, sind diese Abschnitte durch-

aus gut, nur nicht originell. Jeder, der in den letzten zehn Jahren die deutschsprachigen Standardwerke auf dem Gebiet der Investitionstheorie gelesen hat, findet insoweit nichts Neues.

Wenn in den vorstehend geschilderten Umständen zweifellos ein Mangel der Arbeit zu erblicken ist, so ist das Werk insgesamt dennoch positiv zu beurteilen. Es hebt sich nämlich von den meisten anderen Arbeiten auf dem Gebiet der Investitionen durch eine ausgesprochen realistische Betrachtungsweise ab und bleibt dennoch durchaus theoretisch. So werden z. B. die nicht quantifizierbaren Gesichtspunkte in dem notwendigen Umfange berücksichtigt (vgl. insbesondere S. 35 und S. 79 f.).

Der Verfasser kommt nach einer sehr sorgfältigen Untersuchung zu dem Ergebnis, daß Investitionen im Regelfall zinsunempfindlich sind, also Investitionsentscheidungen in praxi *regelmäßig* nicht von Veränderungen des Marktzinsfußes beeinflußt werden. Dieses Ergebnis basiert auf einer Untersuchung und Kritik der in der Investitionstheorie vorzüglich verwendeten Modellkonstruktionen sowie auf der Analyse empirischer Untersuchungen im In- und Ausland unter theoretischen wie unter praktischen Gesichtspunkten. Im Rahmen dieser Untersuchungen ist der Verfasser genötigt, auch auf die herrschenden Methoden der Investitionsrechnung einzugehen. Ihre kritische Betrachtung sowie die Berücksichtigung der nicht quantifizierbaren Faktoren macht das Buch besonders für Studenten der Wirtschaftswissenschaften in den höheren Semestern geeignet. Es kann als eine Brücke zwischen den Investitionstheorien einerseits und den Gegebenheiten in der Wirtschaftspraxis sowie den Notwendigkeiten, vor denen man in den Unternehmungen steht, andererseits dienen. Der wirklichkeitsnahe Charakter der Argumentation wird besonders durch die Schlußfolgerungen des Verfassers bewiesen, nämlich, daß es zweckmäßig sei, das Modell der ökonomischen (Investitions-)Theorie durch eine Theorie der Investitionsneigung im Sinne von Erich Preiser zu ersetzen. Wörtlich schreibt der Verfasser über die zuletzt genannte Theorie: „Es handelt sich nicht wie in jenem Modell darum, wie viel (Sperrung durch den Rezensenten) investiert werden soll, sondern darum, ob (Sperrung durch den Rezensenten) investiert werden soll.“ Das aber ist genau die Fragestellung, auf die es in der Realität in erster Linie ankommt. Es muß nicht unbedingt als ein Ruhmesblatt der zur Zeit vorherrschenden — allzu abstrakten — Modellkonstruktionen angesehen werden, daß bei diesen von genau der entgegengesetzten Voraussetzung ausgegangen wird. Allein der Wirklichkeitsnähe der Arbeit wegen ist ihr eine recht weite Verbreitung zu wünschen.

Horst Schwarz, Berlin

*Karl Christian Behrens*: Der Standort der Handelsbetriebe. Köln und Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 239 S.

Die Fragen des Handels und der Absatzwirtschaft im ganzen sind in der jüngeren Zeit weit über das Maß dessen hinaus, was früher



geschah, in das Gespräch gekommen. Dabei werden als Ausgangspunkte für betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche oder auch rechtliche Beurteilung der Handelsbetriebe die verschiedensten Merkmale und Zusammenhänge gewählt. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte, unter denen man die betriebswirtschaftliche Orientierung des Handelsbetriebes sehen kann, ist der Standort. Karl Christian Behrens hat dem Rechnung getragen und mit seinem Buch zum richtigen Zeitpunkt eine Arbeit geliefert, die auf der einen Seite an Systematik der Darstellung und an Gründlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt und auf der anderen Seite ein lebendiges Bild von der Mannigfaltigkeit der Probleme und des absatzwirtschaftlichen Geschehens unter dem Blickwinkel des Standortes gibt. Die Systematisierung der für den Praktiker oft unüberschaubaren Vielfalt von standortbedingten betriebswirtschaftlichen Faktoren führt sehr glücklich in die Theorien des Standortes und in die Praxis kaufmännischer Erkenntnisse und Erwägungen hinein. So ist es interessant zu lesen, wie Absatz und Standort im Einzelhandel auf das Sortiment des einzelnen Betriebes einwirken, wie dem „Monopol der Nähe“ zahlreiche Klein- und Zwergbetriebe ihre Existenz verdanken, welcher Zusammenhang des Sortimentes mit dem Einkauf zu Fuß besteht und welche Rolle der Standort im Zusammenhang mit vorübergehenden Aufenthaltsorten der Käufer ebenfalls für das Sortiment und seine Zusammensetzung spielt. Die Standortfaktoren im Handel werden nach der Beschaffungsseite, nach der Transportseite, nach der Absatzseite, von der engsten Basis bis hin zum großen Einkaufszentrum untersucht und dargestellt, Zahlentabellen bestätigen viele Erkenntnisse über den Wert und die Bedeutung des Standortes, bezogen auf die einzelnen Betriebsfaktoren. Die Beschäftigtenzahl und das Arbeitsbeschaffungspotential werden in engem Zusammenhang mit dem Standort gesehen und gewertet. Die Standortkalkulation wird nach Bewertung des Stadtteiles und der Konkurrenz, dem Charakter der Bevölkerung, der beruflichen Zusammensetzung, dem Alter der Einwohnerschaft, der Kaufkraft und allen dazugehörigen Gesichtspunkten ebenso untersucht wie die strukturellen Faktoren der Parkgelegenheiten, der Beförderungsmöglichkeiten, der natürlichen Begrenzungen und der Nachteile. Die Verkehrsverhältnisse, von der Verkehrslage einer Straße über den Passantenstrom in den Straßen bis hin zu der Lage des Geschäftslokals in der betreffenden Straße werden ebenso wie die Bewertung des Ladenlokals in seiner räumlichen Gestaltung, in der Warenanfuhr, in der Höhe der Miete, im baulichen Zustand usw. genau erfaßt.

Behrens unterläßt es nicht, bei den Untersuchungen auch die Standorttendenzen der einzelnen Betriebsformen unter Berücksichtigung der Fristigkeit des zu befriedigenden Bedarfes, der Sortimentsbreite, der Sortimentstiefe, der räumlichen Bindung des Warenangebotes, der Bedienungsorganisation, der Betriebsgröße, der Preislagen und anderen typischen Merkmale zu würdigen. Das Gemischtwarengeschäft, das Spezialgeschäft, das Fachgeschäft, das Selbstbedienungsgeschäft, der Betrieb ohne festes Verkaufslokal — sie alle werden mit gleicher

Gründlichkeit behandelt, ihnen allen wird, bezogen auf den Standort, eine sinnvolle Einordnung in das Gesamtgeschehen zuteil, ohne daß damit ein Kästchensystem entstände.

Nicht nur der Einzelhandel, sondern auch der Großhandel wird erfaßt, wobei die Standorttendenzen im Binnengroßhandel ebenso wie die Standorttendenzen im Außenhandel, bei Export und Import zur Sprache kommen und nach ihrer Bedeutung ausreichend erörtert werden.

Sehr interessant ist schließlich, was Behrens zur Standortspaltung im Handel sagt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die in der allgemeinen Standortbestimmungslehre aufgewiesenen Motive der Standortspaltung prinzipiell auch für die Handelsbetriebe gelten. Eine Dezentralisierung der betrieblichen Leistungserstellung kommt demnach aus fünf Gründen in Betracht, die im einzelnen besprochen werden; sie hier aufzuzählen, würde zu weit führen.

Alles in allem bietet die Schrift, zu deren Handhabung auch noch ein Namensregister und ein Sachregister beitragen, einen für Wissenschaft und Praxis wertvollen Beitrag zum Thema Handel, der nicht nur ein Wissen für Vergangenheit und Gegenwart vermittelt, sondern auch Grundlagen für weit in die Zukunft reichende Überlegungen und Planungen bietet. Ein Vorteil der Schrift ist es, daß sie nicht nur reichhaltiges Material zusammenträgt, systematisiert und auswertet, sondern für den, der sich ernstlich mit den Problemen des Standortes der Handelsbetriebe befassen möchte, auch ein lebendiges und in jeder Hinsicht interessantes Bild gibt und daß sie neben einer Fixierung des Faktischen auch den richtigen Blick für die Praxis und eine Schau in die Zukunft vermittelt. Daß dabei Berliner Beispiele und für Berlin spezifische Verhältnisse verschiedentlich herangezogen werden, ist dem Erkenntniswert der Untersuchungen nicht unbedingt abträglich.

Walter Britsch, Bonn

*Hans Kollmar*: Das Problem der staatlichen Lenkung und Beeinflussung des rechtsgeschäftlichen Verkehrs. Tübingen 1961. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII, 178 S.

In der aus einer Dissertation hervorgegangenen Arbeit geht der Verfasser aus privatrechtlicher Sicht den Einflüssen nach, die der Staat und das öffentliche Recht auf den privaten rechtsgeschäftlichen Verkehr nehmen. In dem einleitenden ersten Teil legt der Verfasser im Anschluß an Fritz von Hippel („Das Problem der rechtsgeschäftlichen Privatautonomie“, 1936) das Wesen der rechtsgeschäftlichen Privatautonomie als Organisationsform der Rechtsgemeinschaft und als eines tragenden Aufbauelements unseres Privatrechts dar. Wir haben es hierbei mit der Erscheinung zu tun, daß die am Rechtsverkehr Beteiligten selber als „Gesetzgeber“ auftreten, indem sie ihre sozialen Verhältnisse zu den Mitmenschen für die Zukunft von Rechts wegen neu ordnen. Die Rechtsordnung, die eine solche Privatauto-

nomie bejaht, kann sich nicht damit begnügen, den rechtsgeschäftlichen Verkehr abstrakt gutzuheißen, sondern muß eine Reihe von Regeln aufstellen: zunächst solche, die einen rechtsgeschäftlichen Verkehr erst ermöglichen und zugleich seine Grenzen festlegen, dann aber auch solche, die bestimmen, was bei Störungen des Verkehrs zu geschehen hat. Nun läßt sich aber beobachten, daß der Staat sich nicht darauf beschränkt, diese rechtlichen Voraussetzungen für den rechtsgeschäftlichen Verkehr zu schaffen, sondern daß er darüber hinaus durch Rechtsvorschriften oder durch andere Maßnahmen immer wieder den Ablauf des privaten Rechtsverkehrs zu beeinflussen und zu lenken versucht, indem er durch Erleichterungen oder Erschwerungen vielfacher Art das Publikum von bestimmten Rechtsgeschäften abhält und zu anderen ermuntert. Diesen Erscheinungen geht der Verfasser in dem zweiten Teil seiner Arbeit nach. In einer umfassenden Materialsammlung stellt er zahlreiche Einzelfälle solcher staatlichen Lenkung und Beeinflussung, die sich vielfach im Anonymen auswirken und unter anderen Vorschriften verborgen bleiben, zusammen. Dabei werden unter Lenkung Maßnahmen verstanden, mit denen der Staat bewußt auf den rechtsgeschäftlichen Verkehr einwirkt, während als Beeinflussung die Maßnahmen bezeichnet werden, die auf den privaten Rechtsverkehr ebenfalls einen Einfluß ausüben, bei denen aber ein solcher Einfluß nicht gewollt, sondern nur als unvermeidlich hin- genommen wird.

Im dritten Teil der Arbeit wertet der Verfasser das vorgelegte Material aus. Dabei zieht er einige Folgerungen, die sich aus der staatlichen Lenkung des rechtsgeschäftlichen Verkehrs im Hinblick auf die Bedeutung, die dieser für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit besitzt, ergeben. Der Verfasser ist der Auffassung, daß die ständig vorhandene Diskrepanz zwischen unserer formalen Rechtsordnung und der gelebten Rechtswirklichkeit nicht durch die Übertragung immer weiterer Verantwortlichkeiten auf den Staat beseitigt werde; solche Maßnahmen würden vielmehr den Substanzverlust, der unser Privatrecht bereits erlitten habe, noch vermehren. Auch mit einer bloß negativen Ausscheidung eines abstrakt beschriebenen Bereiches der Vertragsfreiheit sei es nicht getan. Statt dessen komme es darauf an, die Aufgaben des öffentlichen und des privaten Rechts gegeneinander abzugrenzen; dem privaten Rechtsverkehr müßten positive Richtlinien und kasuistische Regelungen vorgegeben werden, deren Inhalt dem tatsächlichen Verhalten der Rechtsgenossen die verbindlichen Wege weise.

Die mit wissenschaftlicher Gründlichkeit verfaßte Arbeit stellt einen bemerkenswerten Beitrag zu wichtigen Grundfragen unserer Rechtsordnung dar. Sowohl dem, der sich mit den Grundlagen des Privatrechts beschäftigt, als auch dem an juristischen Gegenwartsfragen Interessierten vermag sie vielfältige Anregungen zu geben.

Hans Otto Bleß, Hamburg

**Berndt Leibert:** *Der Walzstahllagerzyklus in der stahlverarbeitenden Industrie.* (Kieler Studien, Nr. 71.) Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VI/102 S.

In der makroökonomischen Theorie des Lagerzyklus wird versucht, die konjunkturellen Schwankungen in einer Volkswirtschaft dadurch zu erklären, daß zwischen den Lagerinvestitionen und der Veränderung des Volkseinkommens ein starres Verhältnis angenommen wird. Die Schwankungen des Volkseinkommens bedingen auch Schwankungen der Lagerbestände, so daß der makroökonomische Lagerzyklus gleichzeitig Ursache und Folge der Konjunkturschwankungen ist.

Man wird das gleiche kaum von den Schwankungen der Lagerbestände nur einer Güterkategorie, wie dem Walzstahl, behaupten können. Insofern scheint der makroökonomische Ansatz, den Leibert für seine Untersuchung wählt, wenig sinnvoll. Die Disaggregation der makroökonomischen Größen führt auch nicht weiter, denn, wie Leibert selbst schreibt, ist ein solches Modell „weder operabel noch von der statistischen Seite her verifizierbar“ (S. 32).

Leibert behandelt sodann ein „isoliertes Walzstahllagermodell“, in dem schließlich die Walzstahllager in linearer Abhängigkeit vom tatsächlichen Stahlverbrauch der drei Vorperioden erscheinen. Einen Walzstahllagerzyklus erhält man nur, wenn der Stahlverbrauch selbst zyklisch schwankt. Hier wird also der Walzstahllagerzyklus, auf den es Leibert ankommt, nicht mehr endogen erklärt.

Trotz dieser Vereinfachungen hält Leibert das entstehende Modell immer noch nicht für geeignet, den Walzstahllagerzyklus zu erklären. Nach einer Beschreibung zweier Berechnungsmethoden der Walzstahllagerbestände (die von der Hohen Behörde und von dem Ifo-Institut entwickelt wurden), kommt Leibert zu dem Schluß, daß eine zweckmäßige Maßzahl für die Walzstahllagerbestände durch den Quotienten der gesamten Walzstahlproduktion und den Auftrageingängen der Stahlindustrie wiedergegeben wird. Diese werden schließlich in dem letzten Teil des Buches ökonometrisch geschätzt.

Bei der Lektüre von Leiberts Arbeit geht es dem Leser etwa wie einem Menschen, der sich durch den Kuchenberg ins Schlaraffenland durcharbeiten muß, obwohl er nicht sehr gerne Kuchen isst. Dabei wird die Erwartung, die man auf Grund des Titels der Arbeit über Leiberts Ergebnisse hegt, ein wenig enttäuscht, weil schließlich doch nicht mehr der Walzstahllagerzyklus selbst, sondern der Walzstahlmarkt analysiert wird. Die Untersuchung dieses Marktes ist allerdings ein interessantes und verdienstvolles Werk des Verfassers. Seine zum Teil erstaunlich guten Prognoseergebnisse dürften die praktische Verwertbarkeit seines Marktmodells bewiesen haben. So legt man schließlich, trotz einiger anfänglicher Frustrationen, das Buch mit dem Gefühl aus der Hand, ein brauchbares ökonometrisches Modell des deutschen Stahlmarktes kennengelernt zu haben.

Hans Jürgen Jaksch, Frankfurt am Main